

Netzwerk
bürgerorientierter
Kommunen
in Deutschland



Lokale Demokratiebilanz

*Kommunale Zukunft
gemeinsam gestalten*



Inhalt

Vorwort	4
Grußworte Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund	6
1 Lebendige Demokratie vor Ort gestalten und weiterentwickeln <i>Das Instrumentarium der Lokalen Demokratiebilanz</i>	9
2 Zehn Schritte auf dem Weg zur Lokalen Demokratiebilanz	12
3 Lokale Demokratiebilanzen in...	16
4 Viernheim: <i>Pilotprojekt für Lokale Demokratiebilanzen in Deutschland</i>	18
5 Leipzig: <i>Bürger gestalten die Lokale Demokratiebilanz aktiv mit</i>	24
6 Heidelberg: <i>Engagementpotenzial gesamstädtisch aktivieren</i>	26
7 Solingen: <i>Städtischer Strukturwandel mit Bürgerinnen und Bürgern</i>	29
8 Weyarn: <i>„Wir sind auf dem richtigen Weg!“</i>	32
9 Güstrow: <i>Repräsentative Befragung als Beteiligungsform</i>	35
10 Ausblick	38
Eine Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mitarbeit	40
Literaturhinweise	43



Vorwort

DAS CIVITAS-NETZWERK bürgerorientierter Kommunen in Deutschland ist 1999 aus dem bundesweiten Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie“ hervorgegangen. Gründer des Netzwerks sind die elf nominierten Kommunen Bremen, Essen, Güstrow, Leipzig, Nürtingen, Schwarmstedt/Rehlem/Ahlden, Solingen, Tübingen, Ulm, Viernheim und Weyarn. Heidelberg ist assoziierte Kommune.

Ziel des ersten Zyklus war es, den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen zu fördern, bürgerorientierte Ansätze weiter zu entwickeln und die Erkenntnisse für weitere Kommunen nutzbar zu machen, die sich auf den Weg zu mehr Bürgerorientierung begeben wollen. Zu den Themenschwerpunkten gehörten u.a. die Förderung einer lokalen Anerkennungskultur, Schnittstellen von Verwaltung und Politik zu bürgerschaftlicher Mitwirkung sowie bürgerorientierte Stadtteilentwicklung.

Aktuell stehen – neben der Lokalen Demokratiebilanz – die Themen „Qualifizierungsangebote für Bürgerorientierung“, „Neue Medien für die Bürgerorientierung“ sowie „Bürgerorientierte Länderpolitik“ im Vordergrund der Arbeit des CIVITAS-Netzwerks.

IN VIELEN STÄDTEN und Gemeinden ist die Haushaltskonsolidierung zum dominierenden Thema geworden. Während die politischen Handlungsspielräume immer enger werden, nimmt der Legitimationsdruck von Seiten der Bevölkerung zu. Vor diesem Hintergrund versprechen Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement einen mehrfachen Gewinn für die Kommunen, ja, sie erscheinen geradezu als Schlüssel zu einem neuen Politikverständnis. Wenn Bürgerinnen und Bürger Politik mitgestalten und mitbestimmen, wenn sie sich für öffentliche Aufgaben engagieren, geht es dabei nicht nur um die Einlösung ihres verbrieften Rechtes in der Demokratie. In immer mehr Rathäusern setzt sich die Idee durch, dass aktive Beteiligung einen neuen, notwendigen Schritt in der Verwaltungsmodernisierung darstellt, der Entlastung schafft und neue Gestaltungskraft hervorbringt, zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität beiträgt und nicht zuletzt die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht.

Die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, die zahlreichen Aktivitäten im Rahmen des Internationalen Jahres der Freiwilligen, die Positionspapiere der verschiedenen Parteien zu diesem Thema und viele Initiativen und Projekte engagierter Bürgerinnen und Bürger

haben das Thema ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Zahlreiche Städte und Gemeinden bemühen sich um mehr Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung. Diesen positiven gesellschaftlichen Trend hat die Bertelsmann Stiftung mit unterstützt und die Förderung einer lebendigen Demokratie zu einem ihrer Handlungsschwerpunkte gemacht.

Mit dem „CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland“ hat die Bertelsmann Stiftung einen fachlichen und praktischen Arbeitszusammenhang geschaffen, in dem Strategien zur Stärkung der Bürgergesellschaft und der lokalen Demokratie erprobt und weiterentwickelt werden können.

Mit der Lokalen Demokratiebilanz liegt erstmals in Deutschland ein Instrumentarium vor, mit dem die vielfältigen Handlungsansätze, Einzelprojekte und öffentlichen Maßnahmen zur Förderung demokratischer Teilhabemöglichkeiten systematisiert und in eine Gesamtstrategie überführt werden können. Die hier dokumentierten er-

sten Lokalen Demokratiebilanzen in CIVITAS-Kommunen betrachten wir als Meilenstein auf dem eingeschlagenen Weg. Die sechs beteiligten Kommunen - Viernheim, Leipzig, Heidelberg, Solingen, Weyarn und Güstrow - haben sich mit großem Engagement und Experimentierfreudigkeit auf die Erprobung dieses neuen Instrumentariums eingelassen. Die vorliegenden Erfahrungen sind eine wertvolle Basis für zukünftige Lernprozesse und die Fortführung des fruchtbaren Austausches im „CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland“. Sie sollen nun allen interessierten Kommunen außerhalb des Netzwerks zugänglich gemacht werden und ihnen als Handlungsanleitung und Orientierungshilfe dienen.

Die positiven Effekte der Lokalen Demokratiebilanz sprechen für sich. Die Initiatoren wünschen sich, dass der hier dokumentierte Erfolg möglichst viele Kommunen zur Nachahmung anregt und die Verbesserung der Beteiligungskultur zu einer breiten Bewegung in Deutschland wird. ■

PROF. DR. MARGA PRÖHL,
*Mitglied der Geschäftsleitung,
Bertelsmann Stiftung*

DR. HEIDI SINNING,
*CIVITAS-Projektleitung,
Bertelsmann Stiftung*

DR. ADRIAN REINERT,
*Geschäftsführer,
Stiftung Mitarbeit*

Grüßworte Deutscher Städtetag

„KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG und -gestaltung lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger sich an kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligen und sich für die Kommune und ihre Menschen engagieren.“ Dieser Grundsatz soll der künftigen politischen Arbeit in den Städten zugrunde liegen. Das hat der Deutsche Städtetag in seinem Leitbild der Stadt der Zukunft beschlossen. In Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung gewinnt die Aufgabe, Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement zu fördern und zu aktivieren gerade in den Städten zunehmend an Bedeutung. Dabei darf die unerschuldete Finanzkrise der Kommunen allerdings nicht dazu führen, dass die Bürger zum Ausfallbürgen des Staates werden. Auch sollten Strategien zur Weiterentwicklung einer bürgernahen Demokratie die Stärkung des Rates als repräsentative und

dem Gemeinwohl verpflichtete Vertretung der Bürgerschaft im Auge behalten.

Daneben werden aber freiwillige, kooperative Formen der Bürgerbeteiligung zunehmend wichtig. Sie können zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt, zur Verbesserung von Entscheidungen und zur Stärkung der Demokratie in den Städten beitragen. Sie zu fördern und mit der Arbeit von Rat und Verwaltung zu verzahnen, ist deshalb eine Herausforderung für die Zukunft. Wir unterstützen ausdrücklich die Aktivitäten der Bertelsmann Stiftung, über die „Lokale Demokratiebilanz“ den erreichten Grad von Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung in Kommunen zu dokumentieren und zu optimieren und damit wichtige Anregungen für die kommunale Praxis zu geben. ■

DR. STEPHAN ARTICUS,
*Geschäftsführendes Präsidialmitglied,
Deutscher Städtetag*

Deutscher Städte- und Gemeindebund

FÜR DIE STÄDTE und Gemeinden ist das bürgerschaftliche Engagement, die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben, also alles das, was Bürgerinnen und Bürger freiwillig für ihr Gemeinwesen tun, unverzichtbar. Die Institution der kommunalen Selbstverwaltung gewinnt ihre eigentliche Legitimation erst aus der Möglichkeit, die Bürgerschaft unmittelbar an der Gestaltung des Lebensumfeldes zu beteiligen. Bereits Perikles hat für das antike Athen formuliert: „Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger“.

Fördern wir aber das bürgerschaftliche Engagement und die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger ausreichend? Die lokale Demokratiebilanz ist eine Möglichkeit, über Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung in der Kommune wertvolle Informationen zu gewinnen.

Der Name „Lokale Demokratiebilanz“ ist dabei zunächst verwirrend, geht es doch nicht in erster Linie darum, den Stand der Demokratie vor Ort zu bilanzieren. Es geht vielmehr darum, das Wissen über das bürgerschaftliche Engagement, die Beteiligung und Partizipation vor Ort zu ermitteln und damit den Grad der kommunalen Selbstverwaltung zu messen. Die Bilanz leistet für Kommunalpolitik und für die Verwaltung wertvolle Hilfe und zeigt dem Bürger, dass es die Gemeinde mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ernst meint. Die in der Broschüre des CIVITAS-Netzwerkes vorgestellten Beispiele können wertvolle Hinweise für Städte und Gemeinden unterschiedlichster Größenklassen geben. ■

DR. GERD LANDSBERG
*Geschäftsführendes Präsidialmitglied,
Deutscher Städte- und Gemeindebund*



Lebendige Demokratie vor Ort gestalten und weiterentwickeln.

Das Instrumentarium der Lokalen Demokratiebilanz unterstützt Kommunen auf dem Weg zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung

IN DEN LETZTEN JAHREN setzt sich auch in Deutschland die Erkenntnis durch, dass eine zukunftsfähige Stadt die direkte Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger braucht. Die Kommunen sind aufgefordert, neue Beteiligungsformen und -themen zu finden. Die gleichsam urdemokratische Pflicht des Einzelnen, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen, gewinnt neue Bedeutung.

Die Idee der Lokalen Demokratiebilanz

Die Idee der Lokalen Demokratiebilanz stammt aus Skandinavien. Ihr Ziel ist es, in regelmäßigen Abständen den erreichten Grad von Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung in Kommunen zu dokumentieren und zu optimieren. Ihre zwei wichtigsten Elemente sind eine Bürgerbefragung und eine Bestandsaufnahme in der Verwaltung. Anhand der Ergebnisse erarbeiten Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereine, Verbände und Bürgergruppen Handlungsempfehlungen für ein besseres Demokratieklima vor Ort.



Vorreiter Schweden und Finnland

Die mittelschwedische Stadt ÖREBRO (106.000 Einwohner) initiierte 1997 die erste Lokale Demokratiebilanz in Schweden. In Zusammenarbeit mit zwei weiteren Kommunen, einem Landsting (Bezirk), dem Schwedischen Kommunalverband und der Universität ÖREBRO wurden erste Anforderungskriterien entwickelt. Inzwischen koordiniert der Schwedische Kommunalverband ein landesweites Projekt zur Lokalen Demokratiebilanz, an dem sich zahlreiche Kommunen mit eigenen Beiträgen beteiligen. Hintergrund ist die aktive Demokratiepolitik des Landes. Sie soll dazu beitragen, die Wahlbeteiligung und das politische Engagement zu fördern und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

In Finnland gibt es seit den 90er Jahren eine große Reform- und Innovationsbewegung in den Kommunen, die in einer Vielzahl von lokalen Experimenten ihren Ausdruck findet. Die Demokratiebilanz für 46 Kommunen war Gegenstand eines großen Forschungsprojektes an der Universität Åbo. Ein Ergebnis dieser Untersuchung besagt, dass Demokratieprobleme zwar mit der Größe der Stadt zunehmen, eine aktive Demokratiepolitik diesen Nachteil aber ausgleichen könne.

Engagementpotenzial nutzen

Zwei individuelle Trends motivieren die Menschen, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen oder für das Gemeinwohl zu engagieren: das wachsende Bedürfnis nach Selbstbestimmung und die zunehmende Suche nach sinnstiftenden Tätigkeiten. Das Instrumentarium der Lokalen Demokratiebilanz unterstützt die Kommunen dabei, dieses wertvolle „Sozialkapital“ zum Nutzen aller zu aktivieren und eine Verantwortungsgemeinschaft wachsen zu lassen.

Gemeinschaftsgefühl und Aufbruchstimmung erzeugen

In Zeiten knapper Kassen sind Kommunen gelegentlich zu unpopulären Entscheidungen gezwungen. In einem kommunikativen Klima ist man eher bereit, „an einem Strang zu ziehen“. Die Lokale Demokratiebilanz fördert Offenheit und Transparenz und eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern neue Identifikationsmöglichkeiten mit der Kommunalpolitik.

Gönnen Sie sich ein Feedback

Wie bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit ihrer Kommunalverwaltung? Wie zufrieden sind sie mit den Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Stadt? An welchen Aufgaben und Entschei-

dungen möchten sie stärker mitarbeiten? Durch eine Bürgerbefragung im Rahmen der Lokalen Demokratiebilanz erhalten Sie eine repräsentative Rückmeldung aus Ihrer Bevölkerung (Fragebogen kostenlos auf CD-ROM erhältlich).

Laden Sie Ihre Bürgerinnen und Bürger zum Mitdenken ein

Mit einer Lokalen Demokratiebilanz fordern Sie Ihre Bürgerinnen und Bürger zum Mitdenken auf. Sie eröffnet oder unterstützt eine produktive Diskussionskultur, in der sich alle gesellschaftlichen Kräfte aufgehoben fühlen. Sie signalisiert, dass Kritik, Anregungen und Mitarbeit willkommen sind. Nutzen Sie die Ergebnisse als Ideenfundus und Bereicherung Ihrer Politik.

Motivieren Sie Ihre Verwaltung zu einer neuen Haltung

Welche Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitverantwortung bestehen bereits in der Verwaltung? Werden sie genutzt? Wie lassen sie sich erweitern? Diese Fragen werden im Rahmen der Lokalen Demokratiebilanz von allen Verwaltungsressorts und kommunalen Einrichtungen beantwortet. Diese Selbstevaluation dient der Suche nach konkreten Ideen und schärft gleichzeitig die Sensibilität für das Thema Bürgerbeteiligung.

Die Lebensqualität unserer Städte, Gemeinden und Kreise hängt in entscheidendem Maße davon ab, welche Antworten die lokale Gemeinschaft – also Kommunalpolitik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer, Verbände und Organisationen – auf die Herausforderungen der Zukunft findet. Voraussetzung ist eine lebendige Demokratie, die Spaß macht und zum Mitdenken, Mitdiskutieren und Mitgestalten anregt. Dazu soll die Lokale Demokratiebilanz, die bisher ausschließlich CIVITAS-Kommunen erprobt haben, in möglichst vielen Kommunen beitragen. ■

10 Schritte auf dem Weg zur Lokalen Demokratiebilanz

Lokale Demokratiebilanz wiederholen

1 | Einvernehmlicher Ratsbeschluss

Der Stadtrat (Gemeinderat, die Stadtverordnetenversammlung etc.) beschließt die Durchführung des Projekts. Dies sollte möglichst einvernehmlich erfolgen, um die später umzusetzenden Handlungsempfehlungen auf eine solide Legitimationsbasis zu stellen. Der Beschluss nennt die Ziele sowie den Zeitrahmen. Für das Projekt wird ein möglichst prägnanter Name gewählt.

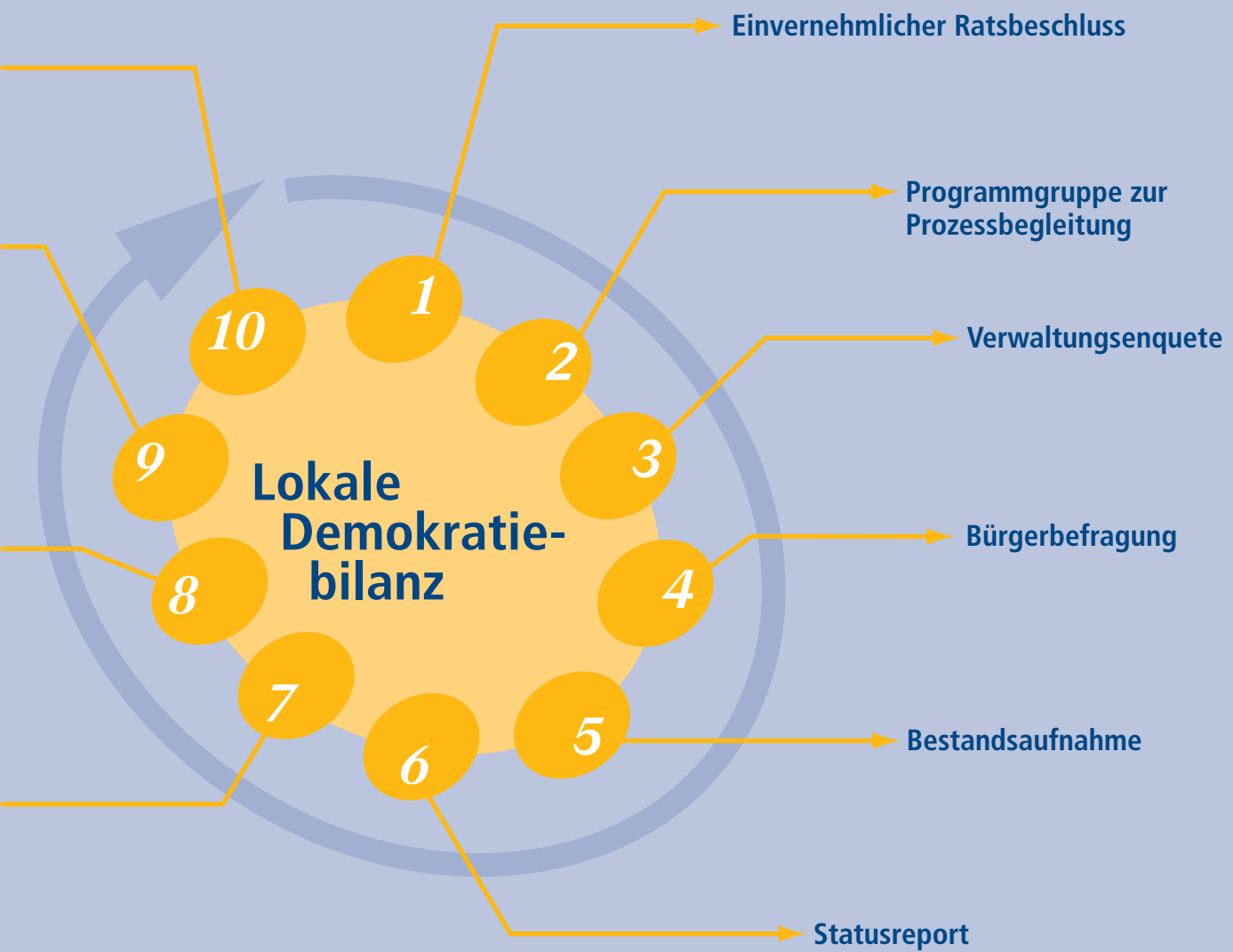
Erfolgskontrolle

2 | Programmgruppe zur Prozessbegleitung

Für die Durchführung und Koordinierung des Projekts werden in der Verwaltung feste Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten geschaffen. Eine Person ist ausschließliche Ansprechperson der Bürgerinnen und Bürger. Zur Prozessbegleitung wird eine Programmgruppe gebildet, in der Koordinatoren, Kommunalpolitikerinnen und -politiker unterschiedlicher Fraktionen und der Personalrat vertreten sind. Aus Gründen der Arbeitsfähigkeit sollte die Gruppe nicht mehr als neun Personen umfassen.

Vorlage des Statusreports im Kommunalparlament

Rückmeldeverfahren



3 | Verwaltungsenquete

Alle Verwaltungsressorts und kommunalen Einrichtungen erhalten einen Fragebogen mit folgenden Fragen:

- Welche Möglichkeiten bestehen in Ihrem Bereich für Bürgerinnen und Bürger:
 - zur Mitwirkung an Entscheidungen?
 - zur Übernahme von Mitverantwortung?
- Wie werden diese wahrgenommen, und haben sich hier während der letzten Jahre Veränderungen ergeben?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie,
 - die Beteiligung an Entscheidungen,
 - die Übernahme bürgerschaftlicher Mitverantwortung in Ihrem Bereich zu erweitern?

4 | Bürgerbefragung

Parallel zur Verwaltungsenquete werden Bürgermeinungen zur lokalen Demokratie, zur Wahrnehmung eigener Einflussmöglichkeiten, zu möglichen Verbesserungen und zur eigenen Engagementbereitschaft erhoben. Hierfür sind je nach verfügbaren Ressourcen unterschiedliche methodische Ansätze denkbar, z.B. repräsentative Befragung, Delphi-Befragung mit Multiplikatoren, Zielgruppenbefragung, Fokusgruppen, Zukunftswerkstätten mit bestimmten Zielgruppen, Stadtteilkonferenzen oder Offene Foren (via Presse, Internet etc.). Unabhängig davon werden die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an eingeladen, sich mit Vorschlägen, Anregungen und Ideen aktiv an der Aktion zu beteiligen.

5 | Bestandsaufnahme

Unter Berücksichtigung der Verwaltungsenquete und der Bürgerbefragung wird eine Auflistung möglichst aller für die kommunale Politik gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungsmöglichkeiten und ihrer tatsächlichen Nutzung vorgenommen. Zusätzlich werden die in der Kommune freiwillig angebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten aufgelistet. Als Grundlage dient eine Checkliste, auf der die unterschiedlichen Beteiligungs- und Mitwirkungsformen aufgelistet sind. Bei Fehlanzeige erfolgt gegebenenfalls eine Begründung.



6 | Statusreport

Die aus den Schritten drei bis fünf hervorgegangenen Informationen stellen das Gerüst für die erste Fassung des Statusreports dar. Dieser beinhaltet einen zusammenfassenden und würdigen Überblick über den aktuellen Stand der Bürgerbeteiligung und auf die bereits entstandene Entwicklung. Er gibt Hinweise auf Probleme und Schwierigkeiten und enthält Verbesserungsvorschläge sowie Empfehlungen für exemplarische Projekte und Maßnahmen.

7 | Rückmeldeverfahren

Der Statusreport wird mit der Bitte um Stellungnahme an Verbände, Vereine und Multiplikatoren geschickt. Ebenso erhalten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

8 | Vorlage des Statusreports im Kommunalparlament

Die Ergebnisse des Rückmeldeverfahrens werden in den Statusreport eingearbeitet und dem Kommunalparlament vorgelegt. Der Bericht soll konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen für einen überschaubaren Zeitraum enthalten. Ziel ist ein Beschluss des Kommunalparlaments, diese umzusetzen.

9 | Erfolgskontrolle

Nach einem vorher festgelegten Zeitraum wird überprüft, welche Schritte zwischenzeitlich eingeleitet wurden und wie sich bürgerschaftliches Engagement entwickelt hat. Da die einzelnen Empfehlungen unterschiedliche zeitliche Perspektiven berücksichtigen, ist auch eine sukzessive Evaluation möglich. Wichtig ist gleichwohl, dass die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Berichts insgesamt noch einmal Gegenstand öffentlicher Diskussion wird.

10 | Lokale Demokratiebilanz wiederholen

Es ist wünschenswert, dass die Demokratiebilanz in regelmäßigen Abständen wiederholt bzw. kontinuierlich durchgeführt wird. Letzteres setzt eine Verfeinerung des Instruments voraus. Denkbar ist, dass ein fester Termin im Jahr gewählt wird, an dem das Thema „Demokratieentwicklung“ auf der kommunalen Tagesordnung steht.

Lokale Demokratiebilanzen in...

Viernheim –

*Pilotprojekt für Lokale
Demokratiebilanzen in Deutschland*

Weyarn –

„Wir sind auf dem richtigen Weg!“

Leipzig –

*Bürger gestalten die Lokale
Demokratiebilanz aktiv mit*

Güstrow –

*Repräsentative Befragung
als Beteiligungsform*

Heidelberg –

*Engagementpotenzial
gesamstädtisch aktivieren*

Solingen –

*Städtischer Strukturwandel
mit Bürgerinnen und Bürgern*





Viernheim:

Pilotprojekt für Lokale Demokratiebilanzen in Deutschland



DIE LOKALE DEMOKRATIEBLANZ in Viernheim zielt auf eine Gesamtstrategie für eine bürgerorientierte Kommunalentwicklung. Sie wird in den nächsten Jahren stetig dazu beitragen, Bürgerorientierung zu einem selbstverständlichen Querschnittsziel in allen kommunalen Handlungsfeldern der Stadt zu machen.

Viernheims Bürgerorientierung, die reichen Erfahrungen bei der Förderung von Bürgerengagement und eine fortgeschrittene Beteiligungsinfrastruktur sind dafür eine gute Basis. Als Pilotkommune für die Lokale Demokratiebilanz hat die 34.000-Einwohner-Stadt bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Viernheim begreift diese Position als Ansporn für das selbst gesetzte Ziel, eine echte Bürgerkommune zu werden.

In Viernheim ist das Thema Bürgerbeteiligung seit Jahren im politischen Raum präsent. Den offiziellen Auftakt der Demokratiebilanz stellte die Gründung der Programmgruppe zur Prozesssteuerung und -begleitung dar. Ihre Mitglieder sind der Bürgermeister, eine Vertreterin der CDU, ein Vertreter der SPD, je ein Vertreter der

„Wir können uns ein Neben- oder gar ein Gegeneinander von Politik, Verwaltung und Bürgern finanziell nicht mehr leisten; eine Verantwortungsgemeinschaft ist nötig.“

MATTHIAS BAASS, Bürgermeister von Viernheim

Vorbildliche Engagementförderung

Durch systematische Engagementförderung hat sich in Viernheim eine beispielhafte Selbsthilfe- und Freiwilligenkultur etabliert. Zwei Bürgerbüros stellen Kontakte für freiwillige Mitarbeit her. Eine Steuerungsgruppe („Mobile“) aus Bürgerinnen und Bürgern, Fachvertretern und städtischen Mitarbeitern koordiniert die Aktivitäten. In Sport, Gesundheitsförderung, Kultur, Bildung und im sozialen Bereich gibt es eine Fülle von Projektkooperationen und öffentlichkeitswirksamen Events, bei denen Vereine und Organisationen und deren Mitglieder mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Dazu zählen beispielsweise eine lokale Gesundheitskonferenz mit Ärzten, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, die Organisation von zum Teil internationalen Sportwettkämpfen und die Zukunftswerkstätten des Agenda-Büros. Durch seine außergewöhnlich bürgerbezogenen Aktivitäten im Gesundheitsbereich wurde Viernheim ins „Gesunde Städte-Netzwerk“ der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

Viernheimer Vereine, Selbsthilfegruppen und des Personalrates sowie je ein Mitarbeiter des Hauptamtes, des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung und des Amtes für Kultur, Bildung und Sport.



Viernheim orientiert sich an einem Leitbild, das die Bürgerorientierung in der Verwaltung verankert. Dies zeigt sich beispielsweise in den vielfältigen Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, Ideen und Vorschläge einzubringen – so per Internet, beim Bürgerbriefkasten, bei Bürgerversammlungen oder bei der Steuerungsgruppe „Mobile“. Das Leitbild ist 1999 in einem umfassenden und alle Mitarbeiter beteiligenden Prozess entstanden. Verschiedene Aktivitäten, unter anderem eine Bildungsbedarfsanalyse und ein darauf aufbauendes Weiterbildungsprogramm, sorgten in den vergangenen Jahren dafür, es in den Dienststellen immer wieder ins Bewusstsein zu rufen.

Daran anknüpfend entschied sich Viernheim für eine besondere Form der Verwaltungsenquete: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung wurden in Workshops an die Thematik herangeführt und für die Fragen der Verwaltungsenquete sensibilisiert. Als Ausgangspunkt diente jeweils das Leitbild. Diese kommunikative Vorgehensweise motivierte die Verwaltungsstellen zu einer regen und kreativen Beteili-



gung. Im Rahmen der Verwaltungenquete fand auch eine Bestandsaufnahme der Beteiligungs-möglichkeiten statt.

Auch die Bürgerbefragung galt es, in einen bereits begonnenen Prozess einzubetten. Den von der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mitarbeit entwickelten Fragebogen passte die Viernheimer Programmgruppe an die Gegebenheiten vor Ort an. Dabei ging es u.a. auch um die Vergleichbarkeit mit einer themenverwandten Befragung von 1996. Um die wissenschaftliche Auswertbarkeit zu gewährleisten, geschah dies bereits in enger Zusammenarbeit mit Infratest.

Mit einer einflussreichen Öffentlichkeitskampagne warb das Viernheimer Rathaus für die Beteiligung an der Bürgerbefragung. Wer den Fragebogen persönlich abgab und damit der Stadt das Porto ersparte, bekam eine Radwanderkarte oder eine Eintrittskarte fürs Schwimmbad oder Kino. Es beteiligte sich ein nahezu repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt von rund 1.400 Menschen, das sind rund fünf Prozent der Einwohner.

In der Befragung wurden zwei wesentliche Dimensionen untersucht: Zum einen ging es um den Informationsstand der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten, zum anderen um deren Bewertung. Handlungsbedarf signalisiert insbesondere das zentrale Ergebnis, dass fast Dreiviertel der Befragten sich durch die Stadtverordneten nur unzureichend vertreten und nicht genügend informiert sehen. Vielen Menschen fehlt

Bei der Engagementbereitschaft liegt Viernheim ganz vorn: 43 Prozent gaben in der Befragung an, ehrenamtlich aktiv zu sein. Mehr als ein Drittel der Befragten bekundeten zudem ihr Interesse, neue freiwillige Aufgaben zu übernehmen. Diese fast 500 Menschen nutzten ein nicht anonymes Beiblatt zur Befragung, auf dem man Informationswünsche und Interessenschwerpunkte zum Thema Engagement ankreuzen konnte. Zehn von ihnen sind in ein Mentorenprojekt eingestiegen, das Jugendlichen nach dem Schulabschluss hilft, eine Lehrstelle zu finden. Andere arbeiten in Arbeitsgruppen mit – beispielsweise zur Stadtgestaltung – oder konnten in Selbsthilfegruppen vermittelt werden.

das Gefühl, in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung wirklich etwas bewegen zu können. An dieser Stelle offenbaren sich Anlass und Ausgangspunkt für die Lokale Demokratiebilanz. Hier müssen Veränderungen ansetzen.

Die Ergebnisse der Bürgerbefragung und der Verwaltungenquete dokumentiert ein über hundert Seiten starker Statusreport, eine Gemeinschaftsarbeit der Bertelsmann Stiftung, der Stiftung Mitarbeit und der Stadt Viernheim. Die wis-

senschaftliche Auswertung der Bürgerbefragung übernahm Infratest. Für alle an der Thematik Interessierten verfassten die Autoren eine geradezu spannende Studie, die auch für sozialwissenschaftliche Laien gut verständlich ist.

Diesen Anspruch muss der Statusreport insbesondere für das Rückmeldeverfahren erfüllen, an dem sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Viernheim präsentierte den Statusreport für Multiplikatoren, Entscheidungsträger und interessierte Bürgerinnen und Bürger auf einer öffentlichen Veranstaltung. Hier wurden die Ergebnisse vorgestellt, erläutert und diskutiert. Bürgerinnen und Bürger, Politik und Vereine konnten Anregungen und Kritik direkt oder in dem nachfolgenden öffentlichen Diskurs äußern. Die unten stehenden „Sieben Säulen“ enthalten das Fazit dieses Prozesses. Sie geben die Richtung für die nächsten Schritte vor.

Sieben Säulen unterstützen die lokale Demokratie in Viernheim

Die Auswertung der Lokalen Demokratiebilanz in Viernheim zeigt: Ein positives Klima der Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung zu schaffen, ist eine Daueraufgabe. Sie zielt erstens auf die faktische Veränderung und Verbesserung der Beteiligungsinfrastruktur und zweitens auf deren positive Bewertung durch die Bürgerinnen und Bürger. Sieben Säulen sollen die lokale Demokratie in Viernheim zukünftig tragen:

Demokratie-Index (Beteiligungsklima-Index) und die Einzel-Indizes

Bevölkerung im Alter ab 18 Jahren



„Aktiv in Viernheim“, Bürgerbefragung 2002
Infratest Sozialforschung



Säule 1 | Freiwilliges Engagement würdigen

Die Qualifizierung, Ehrung, Anerkennung und Beachtung freiwilligen Engagements durch Politik und Verwaltung wird von der Bevölkerung positiv wahrgenommen und weckt bzw. stärkt das Interesse sich zu engagieren.

Säule 2 | Servicequalität signalisiert Bürgerorientierung

Das Bestreben, die Servicequalität in der Stadtverwaltung weiter zu optimieren, steht für das generelle Bekenntnis zur Bürgerorientierung und erzeugt ein positives Dienstleistungsbild.

Säule 3 | Mitbestimmung durch Information und Beteiligung

In der Bürgerbefragung werden die zu geringen Mitwirkungsmöglichkeiten bei kommunalpolitischen Entscheidungen beklagt – ein Grundproblem der repräsentativen Demokratie. Ein Gefühl wirkungsvoller Mitbestimmung entsteht auf zwei Ebenen: erstens durch verbesserte Information bzw. öffentlichen Dialog und zweitens durch konkrete Teilnahmeprojekte.

Säule 4 | Verändertes Rollenverständnis

Der Bekanntheitsgrad der Stadtverordneten ist laut Bürgerbefragung gering. Indem Stadtverordnete Bürgeranliegen aufgreifen, wird sich ihr Bekanntheitsgrad erhöhen. Voraussetzung dafür ist ein Prozess der Rollenklärung: Welche Haltung zum Bürgerengagement nehmen die Stadtverordneten ein? Welche Rolle im Verhältnis Verwaltung-Politik-Bürger sollen sie zukünftig ausfüllen? Wie müssen politische Gremien in einer bürgerfreundlichen Stadt organisiert sein?

Säule 5 | Ermöglichungshaltung der Verwaltungsmitarbeiter fördern

Bürgerinnen und Bürgern mehr Rechte und Möglichkeiten einzuräumen, nährt unter vielen Verwaltungsangehörigen Ängste vor Basisdemokratie und Machtverlust. Das kam u.a. in den Workshops zur Verwaltungsenquete zur Sprache. In der Stadtverwaltung eine positive Haltung zum Bürgerengagement zu fördern, ist deshalb ein Arbeitsschwerpunkt auf dem Weg zur Bürgerkommune. Zur Erprobung und Einübung der dafür erforderlichen



neuen Handlungskompetenzen und Qualifikationen eignen sich Praxisprojekte mit fachlicher Begleitung.

Säule 6 | Erkennbare Engagementpotenziale aktiv aufgreifen

Vereine, Verbände und Organisationen müssen auf die zum Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürger aktiv zugehen. Ein erster Schritt war der „Markt der Möglichkeiten“ als eine Art Jobvermittlungsbörse im Ehrenamt.

Säule 7 | Delegation von Verantwortung und Finanzen nach unten

Aus dem begonnenen Bürgerengagementprozess erwächst die Anforderung an übergeordnete politische Ebenen, Verantwortung und Finanzen nach unten zu delegieren. Angesichts der allgemeinen Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte gilt dies nicht nur innerhalb der Stadt, sondern für den Staat insgesamt. ■

KONTAKT

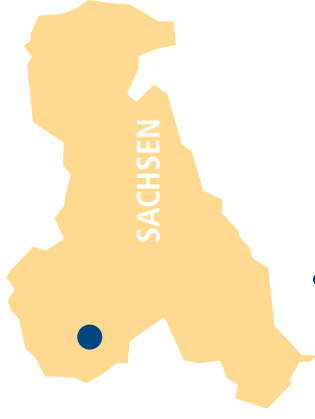
Matthias Baaß
- Bürgermeister -

Stadt Viernheim
Kettelerstraße 3
68519 Viernheim

☎ 0 62 04/98 82 16

☎ 0 62 04/98 83 78

✉ mbaass@viernheim.de



Leipzig:

Bürger gestalten die Lokale Demokratiebilanz aktiv mit



IN LEIPZIG WIRD die Lokale Demokratiebilanz nicht allein durch das Rathaus, sondern auch an der Basis organisiert. Schon ihre Durchführung kann deshalb als bestes Beispiel für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement gelten. Federführend bei der inhaltlichen Gestaltung und Umsetzung sind die 40 Bürgervereine der jeweiligen Stadtteile, in denen das Instrument Lokale Demokratiebilanz als Idee begeistert aufgegriffen wurde. In der Hauptstadt der Montagsdemonstrationen und der friedlichen Revolution von 1989 ist die Demokratie noch jung. Sie wird selbstverständlicher als in Westdeutschland als Aufforderung und Möglichkeit zur Mitbestimmung von unten wahrgenommen und genutzt.

Eine Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen und zufriedene Bürger, die sich für ihre Stadt einsetzen – diesem übergeordneten Ziel gilt die Lokale Demokratiebilanz in Leipzig.

Konkret heißt das: Selbst hier, wo Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement als gesellschaftlicher Grundkonsens verstanden werden, ist eine Bestandsaufnahme der Mitwirkungsmöglichkeiten die Voraussetzung für deren Optimierung und Vervollständigung. Als Schwerpunkt für mehr Beteiligung kristallisieren sich bereits die Bereiche Stadtentwicklung und Bauen heraus. Des Weiteren geht es darum, für die große Engagementbereitschaft der Menschen feste Strukturen und Räume zu schaffen.

Auch in Leipzig ist ein einstimmiger Stadtratsbeschluss Grundlage für die gemeinsame Anstrengung einer Lokalen Demokratiebilanz. Ein Arbeitskreis mit Vertretern aus dem Sprecherrat der Bürgervereine, des Stadtrats, verschiedener Verwaltungseinheiten und dem Agenda-Büro koordiniert die notwendigen Schritte und ihre Umsetzung. Alle Fäden laufen im Referat Medien,

„Leipzig ist eine lebendige Stadt. Ohne das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger wäre alles, was an Erfolgen bisher gelungen ist, undenkbar. Die Stadtpolitik setzt auf diese starke Leipziger Eigenschaft. Selbstbestimmtheit und Selbstverantwortung sind Grundtugenden, eine zukunftsfähige Stadt zu bauen.“

WOLFGANG TIEFENSEE, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Kommunikation und Stadtbüro der Stadt Leipzig zusammen. Hier ist auch die Pressearbeit der Stadt angesiedelt, ein strategischer Vorteil für eine medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit.

Von Engagementbereitschaft und Ideenreichtum zeugt die Erweiterung der repräsentativen schriftlichen Bürgerbefragung um drei Elemente:

1. | Eine aktivierende, nicht anonyme Befragung. Mitglieder der Bürgervereine und andere engagierte Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre eigenen Kontakte und die örtliche Infrastruktur (z.B. Stadtteilstellen), um Menschen persönlich anzusprechen und zu befragen. Auf diese Weise wird die allgemeine Bürgerbefragung um einen unmittelbaren Quartiersbezug erweitert.
2. | Eine separate Befragung von Kindern und Jugendlichen. Diese Befragung wird vom Jugendamt betreut und von Studenten durchgeführt und berücksichtigt insbesondere die Interessen der jungen Generation.
3. | Eine Expertenbefragung in den Verbänden und Organisationen. Diese Befragung wird von den „Netzwerkspezialisten“ der Freiwilligen-Agentur und dem Agenda-Büro betreut und ebenfalls von Studenten durchgeführt. So finden die Interessen der Verbände und Vereine nicht erst über das Rückmeldeverfahren Eingang in die Lokale Demokratiebilanz.

Für die Verwaltungsenquete sind 53 Verwaltungseinheiten, Dienststellen und Eigenbetriebe der ca. 500.000 Einwohner zählenden Stadt Leipzig aufgefordert, einen Fragebogen zum Thema Bürgerbeteiligung zu beantworten. Auf diese Weise wird sichtbar, welche Aktivitäten in den einzelnen Ressorts laufen, in welchen Bereichen Handlungsbedarf zur stärkeren Bürgermitwirkung besteht und welche Anknüpfungspunkte für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit sich anbieten. So freudig und motiviert dies einerseits geschieht, so viel Überzeugungsarbeit muss andererseits – wie überall – geleistet werden. Auch hierbei geht Leipzig mit persönlicher Ansprache, d.h. mit hohem Kommunikationsaufwand, zu Werke. Die 53 Dienststellen werden kontaktiert, betreut und 30 von ihnen mit vertiefenden Interviews zu aussagekräftigen Stellungnahmen motiviert. ■

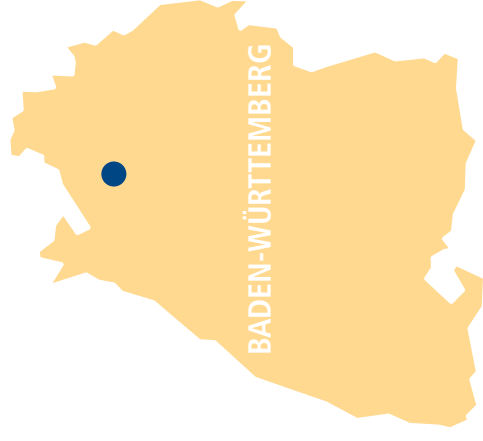
KONTAKT

Ralph Keppler
- Referat Medien, Kommunikation
und Stadtbüro -
Stadt Leipzig
Martin-Luther-Ring 4-6
04109 Leipzig

☎ 03 41-12 32 097

☎ 03 41-12 32 099

✉ rkeppler@leipzig.de



Heidelberg: Engagementpotenzial gesamtstädtisch aktivieren

BEREITS IM JAHR 2000 beschloss der Heidelberger Gemeinderat ein Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das mit dem Konzept der Lokalen Demokratiebilanz weitreichende Übereinstimmungen aufweist. Es spricht für die Sache, dass Heidelberg unabhängig zu einem ganz ähnlichen Weg gefunden hatte. Um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, wurde die weltbekannte Universitätsstadt am Neckar assoziiertes Mitglied im CIVITAS Netzwerk bürozentrierter Kommunen.

Die Lokale Demokratiebilanz dient Heidelberg als Planungsgrundlage für eine umfassende Neugestaltung der Engagementförderung. Ziel ist es, Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe gesamtstädtisch umzusetzen. Im Zentrum des

Interesses standen bzw. stehen daher

- verlässliche Daten über bestehende Bürgeraktivitäten,
- die Erhebung des Engagementpotenzials,
- die Frage, wie es aktiviert werden kann,
- Erkenntnisse über die dafür notwendigen politischen Weichenstellungen,
- Impulse für neue Formen und Inhalte der Engagementförderung, beispielsweise im Umweltbereich.

Heidelberg blickt bundesweit auf die längsten Erfahrungen mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung und Engagementförderung zurück. Dazu gehört auch eine regelrechte Tradition von Bürgerbefragungen, die seit 1994 durchgeführt werden.

„Die Lokale Demokratiebilanz hilft uns, einzelne erfolgreiche Maßnahmen der Engagementförderung in eine gesamtstädtische Strategie zu überführen, Angebot und Nachfrage noch besser zu koordinieren und institutionelle Hemmnisse abzubauen.“

BEATE WEBER, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg

Bereits vor mehr als zehn Jahren begann die Stadt mit einzelnen Projekten, Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und zur Mitarbeit zu motivieren. Es entstand eine lebendige Dialogkultur in Form von Foren, Zukunftswerkstätten und verschiedenen Zielgruppenveranstaltungen. Beispiele für frühe Beteiligungsprojekte sind der Stadtentwicklungsplan und der Verkehrsentwicklungsplan. Vielfältige Kooperationen, Netzwerke und eine Steuerungsgruppe bereicherten und verstetigten die Aktivitäten. Partner sind u.a. das Baden-Württembergische Sozialministerium, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und die Volkshochschule. Die FreiwilligenBörse Heidelberg und das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro bilden die Hauptknotenpunkte der Infrastruktur für Engagementförderung.

Im Mai 2002 wurde die Forschungsgruppe Wahlen mit einer repräsentativen Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement in Heidelberg beauftragt. Diese Bürgerbefragung wurde als aktivierende Telefonbefragung durchgeführt, eine Methode, die durch Nachfragen und Erläuterungen eine besondere Tiefe und Genauigkeit erhält. Die Fragen betrafen zum einen den Bekanntheitsgrad und die Beurteilung lokaler Einrichtungen, die mit Bürgerengagement zu tun haben, z.B. Bezirksbeiräte, Stadtteilvereine, Ausländerrat, Jugendrat, Kinderbeauftragte, FreiwilligenBörse. Zum anderen ging es um Rahmenbedingungen und Motive für

Bürgerengagement und die Frage, welche Gründe jemanden gegebenenfalls von einem Engagement abhalten.

Ergebnis ist eine ausführliche Engagementstudie. Ihre Inhalte werden im sogenannten Rückmeldeverfahren sowohl verwaltungsintern als auch von Multiplikatoren und Entscheidungsträgern außerhalb der Verwaltung analysiert und durch praktische und fachliche Einschätzungen ergänzt.

Der Bevölkerungsdurchschnitt in Heidelberg (ca. 140.000 Einwohner) ist verhältnismäßig jung, überdurchschnittlich gut ausgebildet und lebt in einer vergleichsweise positiven ökonomischen Situation. Die Hälfte der Menschen über 17 Jahre sind Vereinsmitglieder. Das Engagementpotenzial beträgt 25 Prozent. Der Bekanntheitsgrad von Beteiligungsmodellen ist relativ hoch. Als Hauptmotivationen für freiwillige Mitarbeit gelten

- Spaß, anderen zu helfen,
- persönliche Fähigkeiten einzubringen,
- sich um etwas zu kümmern,
- etwas für die Gemeinschaft zu tun,
- etwas für sich selbst zu tun und
- Leute kennen zu lernen.

KONTAKT

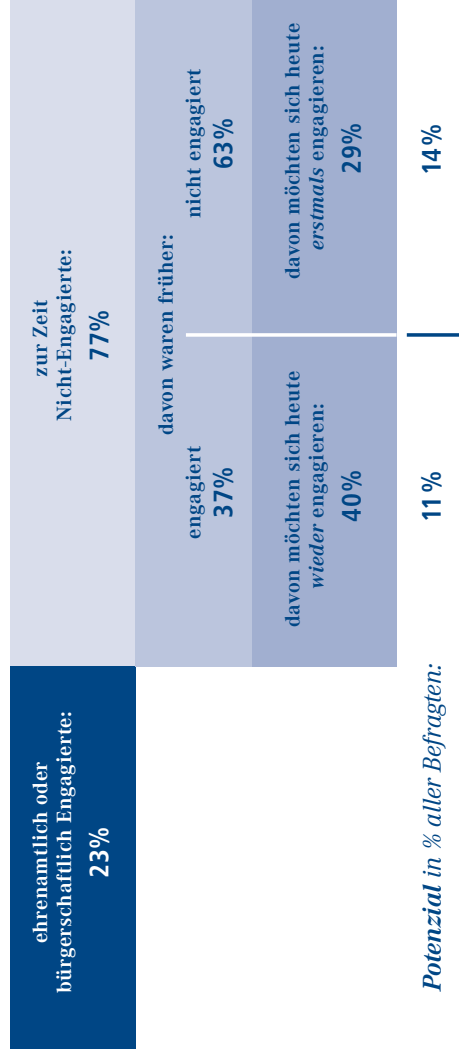
Christine Huber
- Referat der Oberbürgermeisterin -

Stadt Heidelberg
Marktplatz 10
69117 Heidelberg

☎ 0 62 21-58 10 10
☎ 0 62 21-58 20 90
✉ Christine.Huber@heidelberg.de

Für die Verwaltungenquete verwendet Heidelberg viel Zeit und Aufmerksamkeit: Auf der Grundlage der Engagemtstudie wird eine Programmgruppe aus verschiedenen Verwaltungsbereichen ein Jahr lang in moderierten Sitzungen die Frage bearbeiten, in welchen Verwaltungsbereichen auf welche Weise Bürgerbeteiligung ermöglicht werden kann. Die Resultate des gesamten Prozesses der Lokalen Demokratiebilanz fließen in eine Bestandsaufnahme ein. Sie wird Heidelberg in die Lage versetzen, Engagementförderung systematisch als dritte Säule politischer Entscheidungen im politischen Alltag zu verankern.

Potenzial für Engagement in Heidelberg



FGW Telefonfeld: Engagement in Heidelberg 05/02 (n=1.330)



Solingen: Städtischer Strukturwandel mit Bürgerinnen und Bürgern

ZWEI BESONDERHEITEN PRÄGEN die Lokale Demokratiebilanz in Solingen:

1. | Die Stadt beschränkt ihre Lokale Demokratiebilanz auf die Südliche Innenstadt. Dieses Areal mit riesigen Industriebrachen, Verkehrsschneisen und alten Mietshäusern wird im Rahmen der Regionale 2006, einem Förderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, umgestaltet.

Diesen Prozess und die damit verbundenen einschneidenden Veränderungen sollen die dort lebenden und arbeitenden Menschen mittragen und mitgestalten. Hierzu kann die Lokale Demokratiebilanz in zwei Richtungen entscheidend beitragen: Sie ermöglicht der Stadt, die Ergebnisse der Bilanz bei den anstehenden Entscheidungen und Entwicklungen hinsichtlich der Südlichen Innenstadt direkt zu berücksichtigen und regt die Beteiligungskultur vor Ort an.

2. | Türkische und italienische Migranten wurden persönlich befragt, nachdem sich diese Bevölkerungsgruppen, die als die beiden größten innerhalb der dort lebenden Migranten



ausgewählt worden waren, kaum an der schriftlichen Befragung beteiligt hatten. In der Südlichen Innenstadt Solingens beträgt der Ausländeranteil 26 Prozent.

Das Beispiel Solingen zeigt: Es ist notwendig, auch auf diejenigen Bevölkerungsgruppen gezielt zuzugehen, die von den üblichen Beteiligungsinstrumentarien nicht ohne Weiteres erreicht werden.



In der Südlichen Innenstadt von Solingen könnten die Kontraste städtischer Nutzungen kaum stärker sein: Neben florierenden Stahlwarenbetrieben finden sich Industrieböden und ein verwaistes Bahngelände, auf dem ein völlig neues Wohnquartier und ein Gewerbestandort Platz finden werden. Die zum Teil denkmalgeschützten Bauten der Gründerzeit suchen neue Nutzungen. Der alte Hauptbahnhof soll zukünftig ein Forum für Produktdesign beherbergen. Im ehemaligen Güterbahnhof entstehen Künstlerateliers. Ein neues Gründer- und Technologiezentrum hat den Strukturwandel bereits eingeleitet. Als Dreh- und Angelpunkt städtischen Lebens gilt dem öffentlichen Raum besondere Aufmerksamkeit. Die Gestaltung eines Parks ist als Teilprojekt konzipiert.

sich mehr Informationen und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten. In einigen Punkten ergab die Befragung bereits erfreuliche Übereinstimmungen zwischen den Planungen und den Wünschen der Anwohner:

Eine Bestandsaufnahme der angewandten Beteiligungsmöglichkeiten wurde im Rahmen der Agenda 21 durchgeführt. Für die Verwaltungsbehörde greift Solingen auf Daten zurück, die im Rahmen einer Umfrage anlässlich des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001 erhoben wurden. Auf der Basis dieser Ergebnisse werden die Ansprechpartner in der Verwaltung befragt, die mit der Südlichen Innenstadt befasst sind. In einem Rückkopplungsprozess, insbesondere mit den Ausländerbeauftragten, sollen geeignete Projekte und Maßnahmen für die Zukunft erdacht werden.

Um zukünftig möglichst viele Bewohner des Stadtteils zu erreichen, sollen regelmäßig verständlich aufbereitete Informationen über die Planungen versandt oder als Wurfsendungen verteilt werden. Die Sanierungsgesellschaft erweist Bürgersprechstunden.

Weitere Projekte sind verschiedene Kunst- und Kultur-Events, „Grundsteinlegungen“, Ausstellungen und ein Planspiel zum Thema Bürgerbeteiligung in Zusammenarbeit mit der Stiftung Mitarbeiter und der Bertelsmann Stiftung. Die späteren Nutzergruppen der Künstler-Ateliers in den

Die Befragung in der Südlichen Innenstadt ergab, dass in dem Gebiet überwiegend Alteingesessene wohnen, die sich dort – man könnte sagen: überraschenderweise – wohlfühlen. Diese Tatsache gebietet eine gewisse Behutsamkeit im Umgang mit gewachsenen Strukturen.

Die meisten Befragten haben von der Umgestaltung des Stadtteils schon gehört. Sie wünschen

„Wir benötigen verständlichere Informationen und mehr Beteiligungsangebote für Otto Normalverbraucher.“

SABINE JANSEN, Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Solingen

alten Hallen des Güterbahnhofs und des Forums für Produktdesign im alten Hauptbahnhof werden intensiv in die Entwicklung der beiden Projekte eingebunden.

Weitere Schritte sind:

- die Diskussion der Befragungsergebnisse mit den Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik,
- die Formulierung von konkreten Handlungsempfehlungen und Projekten,
- der Beschluss des Rates über diese Maßnahmen. ■



KONTAKT

Sabine Jansen

- Büro Oberbürgermeister -

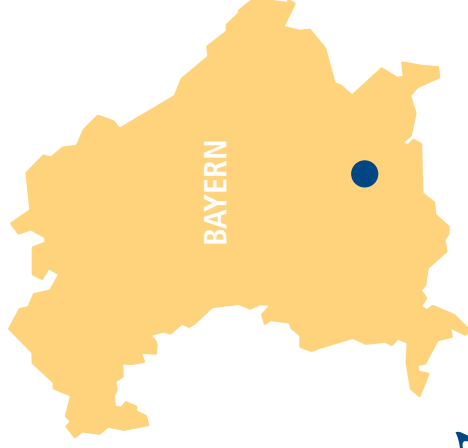
Stadtentwicklung
Cronenberger Straße 59/61
42651 Solingen

☎ 02 12/290 21 71

☎ 02 12/290 21 69

✉ S.Jansen@solingen.de





Weyarn:

» Wir sind auf dem richtigen Weg«

DÖRFLEICHE TRADITION AUF DER EINEN SEITE UND UNGEWÖHNLICHE EXPERIMENTIERFREUDIGKEIT AUF DER ANDEREN SEITE KENNZEICHNEN DIE 3.200 EINWOHNER GEMEINDE WEYARN IN BAYERN. BEI DER GESTALTUNG DES GEMEINWESENS SIND PERSÖNLICHE KONTAKTE EBENSOWIE SELBSTVERSTÄNDLICH WIE BEISPIELSWEISE DIE KOMMUNIKATION PER INTERNET.

FÜR WEYARN ERWIES SICH DIE LOKALE DEMOKRATIEBILANZ IN BESONDEREM MAßE ALS IMPULSGEBER UND AKTIVIERUNGSTRUMENT. DIE OHNEHIN HOCH ENTWICKELTE BETEILIGUNGSKULTUR GEWANN NEUEN SCHWUNG UND GROßEN ZULAUF. DIE LEITFRAGE: „SIND WIR AUF DEM RICHTIGEN WEG?“ KANN POSITIV BEANTWORTET WERDEN: DIE MEISTEN BEFRAGTEN BETEILIGTEN IHRER GEMEINDE AUSREICHENDE BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN UND GUTE CHANCEN, ALS BÜRGERINNEN UND BÜRGER ETWAS BEWIRKEN ZU KÖNNEN. DER ÖFFENTLICHKEITSWIRKSAME ERFOLG REGTE BEREITS ETLICHE NACHBARGEMEINDEN ZUR NACHAHMUNG AN.

„Die Lokale Demokratiebilanz bringt neue Menschen, neue Ideen, neuen Schwung in die Gemeindeentwicklung. Schon deshalb muss man sie von Zeit zu Zeit wiederholen.“

MICHAEL PELZER, Bürgermeister der Gemeinde Weyarn

Bürger-Arbeitskreise als zusätzliche Mitwirkungs- und Entscheidungsebene

Die Gemeindeverwaltung in Weyarn begreift Bürgerbeteiligung als echte Ressource und spart dadurch auch Arbeitskraft ein. Eine wechselnde Zahl von Arbeitskreisen (derzeit acht) beschäftigt sich mit Projekten und nachhaltigen Entwicklungen im Gemeindebereich und plant sie bis zur Entscheidungsreife. Andersherum nutzt der Gemeinderat die Bürger-Arbeitskreise, um geeignete Lösungen für kommunale Aufgaben zu finden. Ein Parkplatz muss gestaltet werden? Der Arbeitskreis „Ortsbild“ kümmert sich darum. Eine Schule soll neu gebaut werden? Ein Arbeitskreis „Schule“ bildet sich. Wichtiger Punkt dabei: Den engagierten Bürgerinnen und Bürgern wird professionelle Beratung an die Seite gestellt, damit sie fachlich mitreden können und ihre Vorschläge auch ernst genommen werden. Jungbürgerversammlungen, ein Arbeitskreis Jugend, Projektarbeit (z.B. bei der Gestaltung der Schulaußenanlagen), die Jugendleiterinnen und eine Jugendbeauftragte sorgen dafür, dass sich auch Jugendliche einbringen können.



Weyarn hielt sich bei der Umsetzung der Lokalen Demokratiebilanz weitgehend an die „zehn Schritte“. Für die Verwaltungsenquête haben die neun Entscheidungsträger der Verwaltung im Rahmen eines Klausurtreffens einen Diskussionsprozess darüber begonnen, wie die Bürgerinnen und Bürger noch besser in Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse einbezogen werden können.

Zusätzlich wurde eine Jugendbefragung durchgeführt, an der fast die Hälfte aller 12 bis 18jährigen teilnahm. Ein erfreuliches Ergebnis: Die weitaus meisten der Befragten gaben an, gerne in Weyarn zu leben. Die zum Teil beteiligungserfahrenen Jugendlichen äußerten zahlreiche realistische Anregungen und Kritikpunkte. Vorherrschend war der Wunsch nach mehr Freizeitmöglichkeiten, insbesondere in Form von Sportflächen und -angeboten, aber auch nach



einer Bücherei, einem Kino und Musikveranstaltungen. Um Pläne für eine Skater- und Beachvolleyballanlage voranzubringen und die Organisation des Jugendheimes zu verbessern, wurden umgehend zwei Jungbürger-Arbeitskreise eingerichtet. An zweiter Stelle standen bessere Nahverkehrsverbindungen auf der Wunschliste der Jugendlichen – übrigens auch ein Anliegen der Erwachsenen.

Die Bürgerbefragung unter den Erwachsenen ergab drei weitere Schwerpunkte:

1. | Zum Thema Bauplanung herrschen unter den Bewohnern Weyarns widerstreitende Interessen: einerseits der Wunsch nach mehr Baugebieten, andererseits die Furcht vor ungehemmter „Bauwut“. Die Gemeinde Weyarn unterstützt zunächst die Meinungsbildung mit einer Reihe von Fachvorträgen zum Thema Architektur und Bauen auf dem Land.
2. | Der vielfach geäußerte Wunsch nach Einkaufsmöglichkeiten hat ein Modell der Bürgerbeteiligung hervorgebracht, das seinesgleichen sucht: Da ein Supermarkt weder rentabel wäre noch ins Dorfbild passen würde, entstand die Idee eines Dorfladens mit Schaukäserei an der Hauptverkehrsstraße, der da-



mit gleichzeitig eine touristische Attraktion darstellt. Damit der Laden läuft, erwerben Weyarner Bürgerinnen und Bürger Anteile an dem Geschäft.

3. | Selbst unter scheinbar idealen Bedingungen, wie in Weyarn, findet nicht jeder Interessierte den Weg in die aktive Mitarbeit. Die Hemmschwelle für Bürgerbeteiligung noch niedriger zu legen und „den Menschen immer wieder die Hand zu reichen“, zieht Weyarn als wichtigste Handlungsanweisung aus der Lokalen Demokratiebilanz.

KONTAKT

Michael Pelzer
-Bürgermeister-

Gemeinde Weyarn
Ignaz-Günther-Straße 5
83629 Weyarn

☎ 0 80 20/18 87 10

☎ 0 80 20/18 87 20

✉ gemeinde@weyarn.de



Güstrow:

Repräsentative Befragung als Beteiligungsform

SEIT ANFANG DER neunziger Jahre richtet Güstrow seine Stadtentwicklungspolitik konsequent auf Umweltvorsorge im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung aus. Damit beschreitet die ca. 33.000-Einwohner-Stadt in Mecklenburg-Vorpommern einen ungewöhnlichen Weg im Kampf gegen gravierende Strukturprobleme. Mehrere überregionale Auszeichnungen und die Anerkennung als Expo-Standort bestätigen den innovativen Charakter der Stadtentwicklungsmaßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit. Güstrow führte in Anlehnung an die Lokale Demokratiebilanz eine stadtteilbezogene Bürgerbefragung durch, deren überraschende Ergebnisse die Stadtplanung zukünftig beeinflussen werden.

Güstrows Stadtentwicklungspolitik stimmt in vielen Punkten mit den übergeordneten Zielen der Lokalen Demokratiebilanz überein. Dazu gehören:

- ressortübergreifendes, auf Konsens ausgerichtetes Verwaltungshandeln,
- die Entwicklung von Leitbildern und Handlungsschwerpunkten im Hinblick auf eine gesamtstädtische Strategie und nicht zuletzt
- die umfassende und zielgruppenspezifische Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.



Auf der Suche nach neuen Partizipationsmethoden entstand die Idee einer Bürgerbefragung als Beteiligungsinstrument im Planungsprozess, hier im Rahmen des Bundesprogramms „Stadtumbau Ost“. Die repräsentative Befragung wurde durch Teillaspekte der Lokalen Demokratiebilanz ergänzt (z.B. Fragen zum Informationsgrad der Bürger).

Die Interviews wurden in der Südstadt durchgeführt, einem von Plattenbauten dominierten Stadtteil, in dem ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner lebt. Güstrow hat seit der Wende 16 Prozent seiner Einwohnerschaft verloren, die Südstadt verließ jeder Dritte. Wegen großer Leerstände sollen dort rund 650 Wohnungen abgerissen werden.

Besonderes Augenmerk galt der Frage, ob sich die Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil wohl fühlen und was passieren müsste, damit sie in Güstrow bleiben. Neben der naheliegendsten Antwort „mehr Arbeitsplätze“ ergab die Befragung eine Reihe planungsrelevanter Vorschläge, wie beispielsweise seniorengerechte Umbauten oder finanzierbares Wohnen in der Güstrower Altstadt. Weitere überraschende Ergebnisse waren:

- 81 Prozent gaben an, gerne in der Südstadt zu leben,

- die hohe Beteiligungsbereitschaft an der Befragung,
- großes Interesse an den Belangen des eigenen Stadtteils,
- die hohe Bereitschaft, sich zu engagieren, z.B. die Grünanlagen zu pflegen oder das Treppenhaus zu reinigen.

Fazit: Entgegen der Erwartungen halten die meisten Bewohnerinnen und Bewohner die Südstadt für durchaus zukunftsfähig. Die Wohnungsbaugesellschaften denken nun erstmals über mögliche Nachnutzungen der durch Abriss neu entstehenden Brachen für senioren- und familienfreundliches Wohnen nach. Zur Verbesserung der Kommunikation wurden als erste Maßnahme Stadtteiltreffpunkte eingerichtet.

Das Beispiel Güstrow zeigt, wie beharrliches, leitbildorientiertes Handeln zu einem sich selbst verstärkenden Prozess werden kann. Die vielfältige überregionale Anerkennung und der Austausch im CIVITAS-Netzwerk erwiesen sich für Güstrow als ideale Plattform, die begonnene Entwicklung zu bestätigen, zu reflektieren und voran zu treiben. Als nächstes Projekt ist in Zusammenarbeit mit den Schulen eine Schüler- und Jugendbefragung geplant. ■

Nachhaltiges Güstrow

Träger der Projektidee „Die umweltgerechte Stadt Güstrow“ waren das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern, das Landesamt für Umwelt und Natur und der Bundesdeutsche Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e. V.). Als Teilnehmer am Modellprojekt des Bundesbauministeriums „Städte der Zukunft“ beteiligt sich Güstrow an der Erforschung von Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Schwerpunkte sind eine ressourcenschonende Baupolitik, Renaturierungsprojekte und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen sowie Aktionen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Umwelterziehung. Beispiele für ganzheitliche Projekte sind die Umgestaltung des Tierparks zum Natur- und Umweltpark und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung von Spielplätzen und Schulhöfen.

KONTAKT

Regine Schneider
- Abteilungsleiterin Stadtplanung -

Stadtverwaltung Güstrow
Markt 1
18273 Güstrow

☎ 0 38 43/7 69 431

☎ 0 38 43/7 69 570

✉ stadtentwicklungsamt@guestrow.de



Ausblick

DIE ERSTEN LOKALEN DEMOKRATIEBILANZEN in Deutschland haben vielfältige Erkenntnisse und Erfahrungen darüber erbracht, wie das Verhältnis Bürger-Verwaltung-Politik zufriedener und effektiver gestaltet werden kann. Die Bürgerbefragungen haben gezeigt, dass viele Menschen unter bestimmten Bedingungen bereit sind, an gesellschaftlichen Aufgaben und der Gestaltung ihrer Stadt mitzuarbeiten. Voraussetzung dafür ist ein Umdenken auf Seiten von Politik und Verwaltung. Die Verwaltungenquote hat jeweils nützliche Anstöße dafür geliefert, wie Bürgerinnen und Bürger besser in das Verwaltungshandeln einzubeziehen sind.

Demokratie neu lernen

Die Lokale Demokratiebilanz setzt einen Lernprozess auf allen Seiten in Gang. Die Bürgerinnen und Bürger gilt es zu informieren, zu interessieren, zu aktivieren und schließlich auch zu qualifizieren, damit sie sich als fachkundiger Partner in den demokratischen Prozess einbringen können.

In der Verwaltung werden bis dato selbstverständlich erscheinende Haltungen und Arbeitsabläufe in Frage gestellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen qualifiziert und motiviert werden, sich den damit verbundenen neuen Aufgaben zu stellen. Wie neue Möglichkeiten und Chancen von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung schließlich in die Praxis umgesetzt werden können, muss an ausgewählten Projekten und Übungsfeldern erprobt werden.

Als Kommune eigene Schwerpunkte setzen

Die jeweiligen Zuschnitte der Lokalen Demokratiebilanzen in den hier vorgestellten Kommunen zeigen: Die Lokale Demokratiebilanz in ihrer idealtypischen Form der zehn Schritte ist kein statisches Modell. Ihr Gelingen hängt nicht davon ab, ob die vorgeschlagene Verlaufsform eins zu eins nachvollzogen wird. Viernheim, Leipzig, Heidelberg, Solingen, Weyarn und Güstrow zeigen, wie jede Stadt ihre Lokale Demokratiebilanz

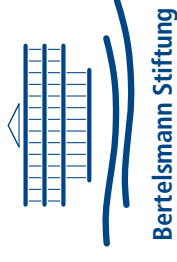
auf andere Weise den lokalen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst hat. Um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse untereinander zu gewährleisten, bemühten sich die Verantwortlichen um größtmögliche Übereinstimmung im Prozess und in den Fragestellungen.

Bürgerbeteiligung zur Chefsache machen

Die Durchführung einer Lokalen Demokratiebilanz erschöpft sich nicht darin, Fragebögen zu verteilen. Sie erfordert einen intensiven persönlichen und öffentlichen Kommunikationsprozess, viel Überzeugungsarbeit und engagierte Akteure, die sich über längere Zeiträume auf das Projekt konzentrieren. Die ressortübergreifende und gesamtstädtische Umsetzung von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ist kein Nahziel, aber auch keine Utopie. Die hier vorgestellten Kommunen haben das Thema zur Chefsache erklärt und ihren politischen Willen bekundet, Verwaltungs- und Entscheidungsabläufe im Hinblick auf mehr Bürgerbeteiligung zu verändern. Jeder Schritt in diese Richtung wird das politische Leben in der Stadt bereichern, den öffentlichen Dialog über ihre Zukunftsgestaltung wach halten und das Vertrauen in die Demokratie sowie die Akzeptanz ihrer politischen Vertreter stärken. ■

Bremen will Beteiligungs-Memorandum in zwei Jahren umsetzen

Bremen setzt Elemente der Lokalen Demokratiebilanz als Bausteine auf dem „Weg zur aktiven Bürgerstadt Bremen“ ein. In einem Verständigungsprozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik („Bremer Trialog“) ist ein Memorandum mit Zielen und Handlungsschritten entstanden. Neben vielen Einzelprojekten ist ein Schritt eine Bestandsaufnahme des Status quo der Bürgerbeteiligung in allen Verwaltungsbereichen. Den Auftakt dazu bildet ein Workshop für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter der Senatsressorts mit dem bezeichnenden Titel: „Bürgerbeteiligung – will ich das eigentlich oder hält das den Laden nur auf?“



Bertelsmann Stiftung:

»Die Zukunft gestalten!«

DIE BERTELSMANN STIFTUNG versteht sich als operative, konzeptionell arbeitende Einrichtung: Die von ihr verfolgten Projekte leisten Beiträge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme. Die Stiftung konzipiert diese Projekte selbst, initiiert und begleitet sie von der Problemdefinition bis zur praktischen Umsetzung. Dabei arbeitet sie eng mit kompetenten Partnern in wissenschaftlichen, staatlichen und privaten Institutionen zusammen und greift praxisorientierte Projekte mit Modellwirkung und exemplarischem Charakter auf.

Die Bertelsmann Stiftung wurde 1977 vom Medienunternehmer Reinhard Mohn in Gütersloh gegründet. Sie engagiert sich in der Tradition ihres Gründers für das Gemeinwohl. Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind. Die Bertelsmann

Stiftung versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels; Ziel ihrer Reformarbeit ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Dafür engagiert sie sich in den Themenfeldern Demokratie und Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Soziales, Kultur und Bildung, Internationale Verständigung und Gesundheit.

Das CIVITAS-Netzwerk ist im Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft angesiedelt. ■



Stiftung Mitarbeit: »Demokratieentwicklung von unten.«

DIE STIFTUNG MITARBEIT ist eine bundesweit tätige Stiftung, die sich die Demokratieentwicklung von unten zum Ziel gesetzt hat. Sie möchte Menschen ermutigen, Eigeninitiative zu entwickeln und sich an der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben zu beteiligen. Nur wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft bereit sind, sich einzumischen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen, kann Demokratie lebendig werden.

Seit 1963 unterstützt die Stiftung Mitarbeit daher bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfeaktivitäten in unterschiedlichsten Handlungsfeldern. Dies geschieht durch:

- Beratung und Information,
- Fachtagungen, Methoden- und Bestellseminare,
- Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit,
- Projekte und Modellentwicklungen,
- Modellprojekte zur Bürger(innen)beteiligung,

- das Internetportal www.buergergesellschaft.de,
- Starthilfeförderung für neue Initiativen.

Gegründet wurde die Stiftung von engagierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft mit zum Teil sehr unterschiedlichen politischen Überzeugungen. Diese parteipolitische Unabhängigkeit ist auch heute noch ein Grundpfeiler ihrer Arbeit. Die Stiftung wird aus öffentlichen Mitteln gefördert. ■

Stiftung Mitarbeit

Bornheimer Str. 37,
53111 Bonn
Telefon: 02 28-6 04 24-0
Telefax: 02 28-6 04 24-22
info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de



Literaturhinweise

BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.): Leitbild Bürgerorientierte Kommune – Orientierungsrahmen und Qualitätsmaßstab. Broschüre. Gütersloh 2003.

BERTELSMANN STIFTUNG, STADT SOLINGEN UND SANIERUNGSGESELLSCHAFT SÜDLICHE INNENSTADT SOLINGEN GMBH & Co.KG (HRSG.): Südliche Innenstadt – Die Menschen kommen zu Wort. Informationsfolder. Solingen 2003.

BERTELSMANN STIFTUNG, STIFTUNG MITARBEIT UND STADT VIERNHEIM (HRSG.): Lokale Demokratiebilanz der Stadt Viernheim. Statusreport. Gütersloh, Viernheim 2000.

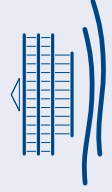
BUNDEMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (HRSG.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Gesamtbericht. Kohlhammer: Stuttgart, Berlin, Köln 2000.

BÜRGERSTIFTUNG BREMEN: Memorandum. Bremen auf dem Weg zur Bürgerstadt.
http://www.bremen.de/info/buergerstiftung/PDF_Dateien/Memorandum261002.pdf.

- ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“, DEUTSCHER BUNDESTAG: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Band 4. Leske + Budrich: Opladen 2002.
- LANGFELD, GABRIELE, HANNES WEZEL UND GUIDO WOLF (HRSG.): Bürgergesellschaft konkret. Initiativen und Erfahrungen aus Nürtingen. Bertelsmann Stiftung; Gütersloh 2001.
- PRÖHL, MARGA, HEIDI SINNING UND STEFAN NÄHRlich (HRSG.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Anforderungen und Qualitätsbausteine. Band 3. Bertelsmann Stiftung; Gütersloh 2002.
- REINERT, ADRIAN: Lokale Demokratie-Berichterstattung – ein Instrument zur Selbstevaluation. In: Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Anforderungen und Qualitätsbausteine. Band 3. Hrsg. Marga Pröhl, Heidi Sinning und Stefan Nährlich. Bertelsmann Stiftung; Gütersloh 2002. 158-170.
- SINNING, HEIDI, KLAUS SELLE UND FRANK PFLÜGER (HRSG.): Neue Medien und Bürgerorientierung – Anforderungen, Strategien und Praxisbeispiele. Dokumentation. Gütersloh 2003.
- SINNING, HEIDI, UND ANSGAR WIMMER (HRSG.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – ein Wegweiser. Kurzbeschreibung aus der ersten Wettbewerbsphase Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie. Band 2. Bertelsmann Stiftung; Gütersloh 2000.
- STADT HEIDELBERG (HRSG.): Engagement-Studie Heidelberg 2002. Bürgerengagement in Heidelberg. Studie zur lokalen Demokratie und zum bürgerschaftlichen Engagement in Heidelberg, durchgeführt von der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Stadt Heidelberg im Mai 2002. Heidelberg 2002.
- TROTT ZU SOLZ, LEVIN VON (HRSG.): Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie. Hearing und Auftaktveranstaltung. Band 1. Bertelsmann Stiftung; Gütersloh 1998.

Bildnachweis:

Titel oben: *PhotoDisc, Hamburg*; Titel unten: *Bertelsmann Stiftung*; Seite 8: *Bertelsmann Stiftung*;
Seite 12: *Bertelsmann Stiftung*; Seite 13: *PhotoDisc, Hamburg*; Seiten 16/17: *Stadt Viernheim*;
Seiten 18/20: *Bertelsmann Stiftung*; Seite 21: *Stadt Viernheim*; Seite 22: *Bertelsmann Stiftung*;
Seite 24: *Stadt Heidelberg*; Seite 27 oben: *Sabine Jansen*; Seiten 27 rechts/28/29: *Dagmar Korsch*;
Seiten 31/32/33: *Gemeindearchiv Weyarn*; Seite 34: *Stadt Günstrow*; Seite 36/42: *Boris Kessler*



Impressum

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Themenfeld Demokratie & Bürgergesellschaft
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Bearbeitung

KATRIN WIEDENHÖFT M.A.
DR. HEIDI SINNING (*Projektleitung*)
BEATE RAMM

Gestaltung

BORIS KESSLER | *media design*

Kontakt

Projektbüro „CIVITAS – Netzwerk
bürgerorientierter Kommunen in Deutschland“
Bertelsmann Stiftung
☎ 05241/81-81363
☎ 05241/81-81992
✉ alexandra.dordevic@bertelsmann.de

Gütersloh 2003